

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von Tayfun Kelttek anlässlich der
Konferenz

„Integrationsrat wählen!
Bildungspolitik gestalten!“
Am 22.01.2010 in Köln

Sehr geehrter Herr Minister Laschet,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,
sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete Hack,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass diese Veranstaltung heute hier in meiner Heimatstadt Köln stattfindet und dass sie alle aus mehr als 60 Städten Nordrhein-Westfalens hier her gekommen sind. Die Anmeldezahlen für den heutigen Tag haben uns wirklich total überrascht, mit einem solchen Zuspruch hatten wir in unseren kühnsten Vorstellungen nicht gerechnet.

Das liegt zum einen an den bevorstehenden Wahlen der Integrationsräte. Ich freue mich sehr, hier so viele neue Gesichter zu sehen, Kandidatinnen und Kandidaten, die hier auch von Ihnen, Herr Minister, hören möchten, wie wichtig Landesregierung und Kommunen die ehrenamtliche Arbeit in den Integrationsräten nehmen.

Das liegt zum anderen aber auch an der inhaltlichen Themenstellung. Der Bildungserfolg unserer Kinder und Jugendlichen war für die LAGA und die örtlichen Migrantenvertretungen schon immer ein Hauptanliegen und wird dies auch in den nächsten Jahren mit Sicherheit bleiben. Für die Arbeit der nächsten Jahre möchten wir heute den Grundstein legen.

Deshalb bedanke ich mich bei Frau Prof. Dr. Boos-Nünning, Herrn Suat Bakir, Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Große Brömer und dem Integrationsbeauftragten Herrn Thomas Kufen für ihre Beiträge. Ebenso danke ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an unserer Diskussionsrunde Frau Christiane Bainski, Frau Gonca Mucuk-Edis, Frau Mathia Arent-Krüger, Herrn Erol Celik und Herrn Norbert Müller schon jetzt für ihr Engagement.

Seien sie alle herzlich willkommen.

Einen ganz besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle aber auch einmal aussprechen. Er gilt meinen Freunden Thomas Jaitner und Franz Legewie. Ohne diese Beiden, die uns mit anderen seit vielen Jahren ehrenamtlich unterstützen, wäre die LAGA im Themenfeld Bildungspolitik nicht so kompetent aufgestellt. Dass es heute eine Selbstverständlichkeit ist, dass die LAGA immer dann, wenn es um die schulische Situation von Migrantenkindern geht, angesprochen wird, ist zu einem großen Teil Euch zu verdanken. Deshalb ist es mir eine große Freude, dass Thomas

Jaitner das Bildungspapier vorstellen und Franz Legewie die Veranstaltung moderieren wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde,

am 7. Februar 2010 sind in Nordrhein-Westfalen rund eine Million Migrantinnen und Migranten aufgerufen die neuen Integrationsräte in den Städten und Gemeinden zu wählen. Für die allermeisten dieser Migrantinnen und Migranten ist die Wahl zu den Integrationsräten die einzige Möglichkeit, sich direkt an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Die Integrationsräte ersetzen die früheren Ausländerbeiräte und bestehen aus direkt gewählten Migrantinnenvertreterinnen und –vertretern sowie aus vom Rat entsandten Mitgliedern. Insgesamt sind in 101 Kommunen, in denen diese Wahlen stattfinden fast 1200 Mandate zu vergeben. Darüber hinaus werden fast 700 Mitglieder der Stadträte in die kommunalen Migrantinnenvertretungen entsandt.

Das ist eine starke Basis für die Vertretung der Interessen der Migrantinnen und Migranten. Diese Basis gilt es in den nächsten fünf Jahren zu nutzen.

Meine Damen und Herren,

die Integrationsräte sind **die** Fachgremien für Fragen der Integrationspolitik in den Kommunen. Wir sind nicht diejenigen, die einer Minderheit Gehör verschaffen wollen, nein, wir setzen uns mit unseren Kompetenzen für eine Gesellschaft ein, in der Interkulturalität in allen Bereichen der Normalfall ist.

Das nehmen im Übrigen auch die demokratischen Parteien zunehmend wahr. Ich finde es sehr erfreulich, dass CDU, SPD, FDP, Die Grünen und Die Linke in vielen Städten eigene Listen aufgestellt haben oder ihnen nahe stehende Listen unterstützen.

Doch lassen Sie mich noch einen Blick zurück werfen.

Die Ausländerbeiräte, in denen Ratsmitglieder, wenn überhaupt, nur beratend mitwirken konnten, haben ausgedient. Auch die Experimentierphase der letzten fünf Jahre ist abgeschlossen, in der es neben dem Integrationsrat eine ganze Reihe weiterer Gremien gab.

Die Praxis der Städte und Gemeinden hat jetzt gezeigt, dass der Vorschlag der LAGA NRW, Integrationsräte mit einer Zusammensetzung aus 2/3 gewählten Migrantinnenvertretern und 1/3 Ratsmitgliedern einzurichten, Zustimmung gefunden hat. In 85 Städten und Gemeinden werden Integrationsräte gewählt, in 16 Kommunen Integrationsausschüsse, in denen, bei gleichen Kompetenzen wie im Integrationsrat, die Ratsmitglieder in der Mehrheit sein müssen.

Es bleibt abzuwarten, wie die beiden verschiedenen Mitwirkungsgremien arbeiten werden, doch ein Schwachpunkt der organisierten politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten ist schon im Gesetz verankert. Dadurch, dass nur Eingebürgerte und Spätaussiedler, die diesen Status in den letzten fünf Jahren erhalten haben, die Möglichkeit haben, sich aktiv durch Stimmabgabe an den Wahlen der Integrationsräte und –ausschüsse zu beteiligen, wurde vielen in der Integrationsarbeit engagierten Menschen die Basis für eine erfolgreiche Kandidatur entzogen. Ich denke dabei insbesondere an Menschen aus dem russischsprachigen

Raum. Während der „Experimentierphase“, in der die Mitwirkungsmöglichkeiten teilweise weiter gefasst waren, hat sich eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit von Menschen aus den klassischen Anwerbestaaten und dem russischsprachigen Raum im Integrationsrat und damit auch in den Vereinen und im täglichen Zusammenleben entwickelt. Dadurch, dass die zweite Gruppe nunmehr nicht mehr oder nur vereinzelt in den Integrationsräten vertreten sein wird, steht diese Zusammenarbeit auf dem Spiel.

Sehr geehrter Herr Minister, ich weiß, dass Sie in dieser Frage an der Seite der LAGA gestanden haben, doch unsere weitergehende Forderung war im Landtag nicht durchsetzbar. Sie haben mir in einem Gespräch zugesichert, auch weiterhin die LAGA auch in Zukunft bei dem Bemühen um weitere Verbesserungen des § 27 der Gemeindeordnung zu unterstützen. Dafür bedanke ich mich schon jetzt.

Nun geht es darum, dass die Integrationsräte und –ausschüsse mit ihrer Arbeit beginnen und sich vor allem der Punkte annehmen, die aus ihrer Sicht einer erfolgreichen Politik im Wege stehen. Das können von Kommune zu Kommune ganz unterschiedliche Punkte sein.

Rat und Integrationsrat werden, wenn dies nicht bereits in der „Experimentierphase“ geschehen ist, einen Handlungsrahmen aushandeln müssen, der dem Integrationsrat eigene Entscheidungskompetenzen etwa bei der Verteilung der Mittel für Integrationsarbeit geben wird.

Weitere wichtige Themen sind:

- Interkulturelle Öffnung der Verwaltungen und Vermittlung interkultureller Kompetenz;
- Gleichberechtigtes Zusammenleben von Nichtdeutschen und Deutschen;
- Akzeptanz und kulturelle Vielfalt;
- Maßnahmen gegen Diskriminierung und Gewalt;
- Verbesserung der Situation von Jugendlichen und Erwachsenen in Ausbildung und am Arbeitsplatz;
- Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation für alle Betroffenen;
- Verbesserung der Lebensbedingungen von nichtdeutschen Senioren;
- Angemessene Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen;
- Förderung von Migrantenvereinen.

Über allen diesen Themen steht aber nach meiner Auffassung das Thema „Verbesserung der Bildungserfolge für **alle** Kinder“, ich betone **alle** Kinder, in einer Interkulturellen Schule.

Mit diesem Thema werden wir uns nachher ausführlich auseinandersetzen und auch ich werde in der Diskussionsrunde darauf eingehen können.

Meine Damen und Herren,

ich möchte all denen unter uns, die in zwei Wochen zur Wahl stehen viel Kraft und Erfolg für den Wahlkampf in dieser Zeit wünschen. Ich weiß, wie schwer es ist, die Menschen für eine Beteiligung an der Wahl zu motivieren, wie wenig Unterstützung die Kandidatinnen und Kandidaten in vielen Städten leider erhalten, wobei es aber auch erfreuliche Ausnahmen gibt. Gehen Sie zu den Wählerinnen und Wählern hin, sagen Sie Ihnen, wie wichtig es ist zu wählen, dass es Briefwahlmöglichkeiten gibt, dass man in vielen Städten schon jetzt wählen kann.

Denn das Ziel, eine gleichberechtigte Beteiligung an der politischen Willensbildung in der Stadt, lohnt diesen Einsatz.

Ich wünsche uns eine interessante Veranstaltung und danke für ihre Aufmerksamkeit.